

„Sie bauen zwischen Rat und Verwaltung Fronten auf“

Obernkirchen. An diesem Wochenende besuchen Vertreter der Verwaltung und des Rates gemeinsam die französische Partnerstadt La Flèche. Sollten Stadtdirektor Wilhelm Mevert und Einzelbewerber Konrad Bögel im Bus nebeneinander sitzen, sie hätten sicherlich viele gemeinsame Gesprächsthemen. Die Zukunft der Bergstadt etwa. Oder wie im finanziellen Mangel noch gestaltet werden kann. Oder ob der Stadtdirektor wirklich so „kriminell“ ist, wie ihn Bögel im öffentlichen Teil der jüngsten Ratssitzung darstellte.

Grundlage einer gut zehnmütigen Rede, in der Bögel Mevert aufforderte, mit einer Selbstanklage bei der Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen sich selbst einzuleiten, ist ein Antrag von Bögel, den dieser am 27. November 2002 einreichte. In diesem wollte er sinngemäß wissen, ob der Stadtdirektor seine Nebeneinkünfte, die er als Vertreter der Stadt in zwölf Gremien von zehn Einrichtungen und Unternehmen erzielt, offenlegt, und ob er alles, was 4900 Euro pro Jahr übersteigt, ordnungsgemäß abführt.

Wie die Überprüfung dann ergab, hatte Mevert dies, so weit überhaupt erforderlich, in der Vergangenheit auch getan, aber dies als Geschäfte der laufenden Verwaltung angesehen, die weder Stadtrat noch dem Verwaltungsausschuß mitgeteilt werden müssen.

Die nächste Runde wurde mit einem – vom Mevert selbst angeforderten – Gutachten des Niedersächsischen Städtetages am 9. Januar eingeläutet. Der Inhalt: Sämtliche Einkünfte, die sich aus Aufgaben als Hauptbeamter ergeben, sind abzuführen. Einer Einschätzung, der Mevert widersprach und sich dabei auf profunde Kenner der juristischen Verästelungen berief: Danach sind diese Einkünfte nur abzuführen, wenn diese aus einer Vertretung in einer Firma erzielt werden, die in privatrechtlicher Hand liegt.

Während der jüngsten Verwaltungsausschusssitzung einigten sich die Mitglieder auf einen Kompromiss: Da die Summe von 4900 Euro an Einnahmen selten erreicht würden und Mevert in der Vergangenheit jeden darüber hinausgehenden Euro abgeführt hatte, sollte der Status quo, untermauert durch einen Ratsbeschluss, beibehalten werden.

Das wollte Bögel während der Ratssitzung nicht. Mit seinem Antrag habe er in ein „Hornissennest“ gestochen, befand er. Danach habe sich seine Vermutung erhärtet, „dass der Stadtdirektor über Jahrzehnte Pflicht und Recht verletzt hat, indem er Zusatzeinnahmen aus seinem Hauptamt, vielleicht auch aus Nebentätigkeiten, nicht ordnungsgemäß angezeigt, abgerechnet und abgeliefert hat“.

Die Vertreter von CDU, WGO und Bündnis 90/Die Grünen, die mit Bögel gemeinsam die Mehrheit stellen, reagierten zum Teil sichtlich überrascht auf die Forderung von Bögel, der Stadtdirektor solle sich selbst anzeigen. Es gab nur einen Redebeitrag der Gruppe „Mitte“: Beate Krantz (CDU) beantragte zwischenzeitlich das Ende der Debatte und Abstimmung über den vorliegenden Vorschlag aus dem Verwaltungsausschuss.

Der SPD gingen Inhalt und Wortwahl des Bögel'schen Vortrages merklich auf die Nerven. „Wie lange soll uns diese Geschichte denn noch begleiten?“, wollte Fraktionsvorsitzender Wilhelm Mevert wissen. „Das hilft uns alles nicht weiter. Sie bauen Fronten zwischen Rat und Verwaltung auf, dabei geht es Ihnen nur um die Presseschlagzeile des nächsten Tages.“

Noch deutlicher wurde Rosemarie Fichtner (SPD), die für ihren Beitrag auch vereinzelt Applaus aus der Gruppe „Mitte“ erhielt: „Ihnen, Dr. Bögel, geht es nicht um die Kommune, nicht um unsere Stadt, sondern nur um die Pressepräsenz. Ich will Ihre Vorträge, Vorwürfe und Tiraden nicht mehr hören.“ Bögel konterte: „Wenn ich meine Aufgaben als Ratsherr wahrnehme und dann als Nestbeschmutzer hingestellt werde, dann stimmt was nicht in Ihrem Kopf, Frau Fichtner.“ Oliver Schäfer (SPD) sah es so: „Sie können nichts beweisen, weil es doch gar nichts zu beweisen gibt.“

Am Ende übergab Bögel Bürgermeister Horst Sassenberg seinen Wortbeitrag, der jetzt von der Kommunalaufsicht überprüft wird. Stellt diese fest, dass die Vorwürfe inhaltlich nicht haltbar sind, soll, so forderte SPD-Chef Mevert, Bögel „im nächsten Stadtrat die Sache klarstellen“.

Bögel nahm das Angebot nach kurzem Zögern an. Im nichtöffentlichen Teil, für den er 30 Minuten zuvor weitere Beweise angekündigt hatte, soll er dem Vernehmen nach nicht mehr gesprochen haben.